
S 2 U 10/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 2 U 10/20
Datum	16.09.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 U 148/20
Datum	10.02.2022

3. Instanz

Datum	27.06.2024
-------	------------

Â

Auf die Revision der KlÃ¤gerin wird das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 10.Â Februar 2022 aufgehoben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 16.Â September 2020 zurÃ¼ckgewiesen.

Die Beklagte hat der KlÃ¤gerin auch die auÃgerichtlichen Kosten fÃ¼r das Berufungs- und Revisionsverfahren zu erstatten.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Die Beteiligten streiten darÃ¼ber, ob die KlÃ¤gerin bei der Beschaffung von Ersatzbatterien fÃ¼r ihr HÃ¶rgerÃt einen Arbeitsunfall erlitten hat.

2

Die KlÄgerin war bei der D als Fahrdienstleiterin beschÄftigt. Wegen verminderten HÄrvermÄgens trug sie im Dienst HÄrgerÄte. Hierzu sowie zum MitfÄhren von Ersatzbatterien war sie durch eine Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag verpflichtet.

3

Am Unfalltag (13.8.2019) wollte die KlÄgerin vor Dienstbeginn um 14:00Ä Uhr neue Ersatzbatterien bei ihrem HÄrgerÄteakustiker besorgen, nachdem sie wegen eines Batteriewechsels wÄhrend des SpÄtdienstes am Vortag keine Ersatzbatterien mehr hatte. Dazu verlieÄ sie den Zug, den sie um 10:15Ä Uhr von ihrem Wohnort (B1) in Richtung ArbeitsstÄtte (B2) genommen hatte, bereits am Bahnhof des Nachbarortes (F). Vor dem dort gelegenen GeschÄft des HÄrgerÄteakustikers stÄrzte sie auf dem FuÄweg gegen 11:00Ä Uhr und erlitt Frakturen, die operativ versorgt werden mussten.

4

Die Beklagte lehnte es ab, das Ereignis als Arbeitsunfall anzuerkennen, weil sich die KlÄgerin im Unfallzeitpunkt auf einem unversicherten Abweg befunden habe und der beabsichtigte Kauf der Ersatzbatterien eine eigenwirtschaftliche Verrichtung gewesen sei (Bescheid vom 30.10.2019, Widerspruchsbescheid vom 16.1.2020). Der hiergegen erhobenen Klage hat das SG stattgegeben und festgestellt, dass die KlÄgerin einen Arbeitsunfall erlitten hat, weil es sich bei der Besorgung der Batterien fÄr das HÄrgerÄt um eine unter Versicherungsschutz stehende Ersatzbeschaffung fÄr verbrauchtes ArbeitsgerÄt gehandelt habe (Urteil vom 16.9.2020). Auf die Berufung der Beklagten hat das LSG das Urteil des SG aufgehoben und die Klage abgewiesen. Die HÄrgerÄte der KlÄgerin seien bereits keine ArbeitsgerÄte, weil sie ihrer Zweckbestimmung nach nicht hauptsÄchlich fÄr die TÄtigkeit als Fahrdienstleiterin gebraucht worden seien. Ebenso wenig habe die KlÄgerin einen Wegeunfall erlitten. Weder habe sie sich im Unfallzeitpunkt auf dem direkten Weg von ihrem Wohnort zur Arbeitsstelle befunden noch habe in zeitlicher Hinsicht ein Zurechnungszusammenhang mit der Arbeitsaufnahme bestanden. Sie habe ihre Wohnung bereits um 10:10Ä Uhr verlassen, um den SpÄtdienst um 14:00Ä Uhr anzutreten, woraus sich bei einer Fahrdauer von hÄchstens 1,25Ä Stunden ein Zeitfenster von deutlich mehr als zwei Stunden fÄr private Verrichtungen ergebe. Die Besorgung von Ersatzbatterien fÄr das HÄrgerÄt stelle selbst unter BerÄcksichtigung der Zusatzabrede zum Arbeitsvertrag keine betriebsbezogene Verrichtung dar. Andernfalls kÄnnte der gesetzliche Unfallversicherungsschutz durch Statuierung von Nebenpflichten, die die private LebensfÄhrung betrÄfen, kaum noch kontrollierbar auf grundsÄtzlich nicht versicherte allgemeine Vorbereitungshandlungen ausgeweitet werden. Ein Ausnahmefall, in dem eine Vorbereitungshandlung unter Versicherungsschutz stehe, sei nicht deshalb gegeben, weil am Vortag des Unfalls wÄhrend der SpÄtschicht ein unerwarteter Batteriewechsel erforderlich geworden sei und Ersatzbatterien erst am Vormittag des Unfalltages hÄtten besorgt werden kÄnnen.

5

Hiergegen richtet sich die KlÄgerin mit der Revision. FÄr ihren privaten Bereich

hätte sie auf den Kauf der Ersatzbatterien am Unfalltag verzichtet. Sie habe diese erwerben müssen, weil sie aufgrund der Vereinbarung ohne Ersatzbatterien nicht ihren Arbeitsplatz habe aufsuchen dürfen.

6
Die Klägerin beantragt,
das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 10. Februar 2022 aufzuheben und die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 16. September 2020 zurückzuweisen.

7
Die Beklagte beantragt,
die Revision der Klägerin zurückzuweisen.

8
Für den Weg zum Einkauf der Ersatzbatterien für die Hölzger hätte betriebsbedingte Gründe nicht insoweit im Vordergrund gestanden, dass aus der Nebenabrede zum Arbeitsvertrag ein gesetzlicher Unfallversicherungsschutz erwachsen könnte.

II

9
Die Revision der Klägerin ist begründet ([§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG](#)) und führt zur Wiederherstellung des erstinstanzlichen Urteils. Zu Unrecht hat das LSG das zuspreekende Urteil des SG aufgehoben und die kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage ([§ 54 Abs 1 Satz 1](#), [§ 55 Abs 1 Nr 3](#), [§ 56 SGG](#)) der Klägerin abgewiesen. Denn die Klägerin hat Anspruch auf Feststellung des Ereignisses vom 13.8.2019 als Arbeitsunfall.

10
Arbeitsunfälle sind nach [§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach [§§ 2, 3](#) oder [6 SGB VII](#) begründenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Unfälle sind zeitlich begrenzte, von außen auf den Körper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod führen ([§ 8 Abs 1 Satz 2 SGB VII](#)). Ein Arbeitsunfall setzt mithin voraus, dass die Verrichtung zur Zeit des Unfalls der versicherten Tätigkeit zuzurechnen ist (innerer oder sachlicher Zusammenhang), sie zu dem zeitlich begrenzten, von außen auf den Körper einwirkenden Ereignis führt (Unfallkausalität) und dadurch einen Gesundheitsschaden oder den Tod des Versicherten objektiv und rechtlich wesentlich verursacht hat (haftungsbegründende Kausalität; stRspr; vgl zB BSG Urteile vom 5.12.2023 [B 2 U 10/21 R](#) zur Veröffentlichung in BSGE und SozR 42700 [§ 2 Nr 64](#) vorgesehen = juris RdNr 13, vom 8.12.2022 [B 2 U 14/20 R](#) [BSGE 135, 155](#) = SozR 42700 [§ 2 Nr 60](#), RdNr 10, vom 8.12.2021 [B 2 U 4/21 R](#) [BSGE 133, 180](#) = SozR 42700 [§ 8 Nr 78](#), RdNr 12 und vom 30.1.2020 [B 2 U 2/18 R](#) [BSGE 130, 1](#) = SozR 42700 [§ 8 Nr 70](#), RdNr 20, jeweils mwN). Unerheblich ist, ob die Verletzung den Leistungsfall auslösende Folgen nach sich

zieht (haftungsausfÄ¼llende KausalitÄ¼t; stRspr; zB BSG Urteil vom 30.3.2023
Ä [BÄ 2Ä U 1/21Ä RÄ](#) SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 62 RdNrÄ 15 mwN).

11

Diese Voraussetzungen sind erfÄ¼llt. Die KIÄ¼rgerin hat einen âUnfallâ als
âVersicherteâ (dazuÄ 1.) infolge einer TÄ¼tigkeit erlitten, die zwar nicht nach
[Ä§Ä 8 AbsÄ 2 NrÄ 5 SGBÄ VII](#) (dazuÄ 2.) oder nach [Ä§Ä 8 AbsÄ 2 NrÄ 1 SGBÄ VII](#)
(dazuÄ 3.) versichert war, aber als Betriebsweg nach [Ä§Ä 8 AbsÄ 1 SatzÄ 1](#) iVm
[Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ VII](#) unter Versicherungsschutz stand (dazuÄ 4).

12

1.Ä Die KIÄ¼rgerin erlitt am 13.8.2019 einen Unfall iS des [Ä§Ä 8 AbsÄ 1 SatzÄ 2](#)
[SGBÄ VII](#), als sie vor dem GeschÄ¼ft ihres HÄ¼rgerÄ¼teakustikers auf dem FuÄ¼weg
stÄ¼rzte und sich dabei Verletzungen zuzog. Im Zeitpunkt des Unfalls war die
KIÄ¼rgerin als BeschÄ¼ftigte iS des [Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ VII](#) grundsÄ¼tzlich
gesetzlich unfallversichert. FÄ¼r den Versicherungsschutz in der gesetzlichen
Unfallversicherung ist allerdings nicht der Status als BeschÄ¼ftigter entscheidend,
sondern die tatsÄ¼chliche Verrichtung als BeschÄ¼ftigter im Zeitpunkt des Unfalls
(BSG Urteil vom 15.5.2012 Ä [BÄ 2Ä U 8/11Ä RÄ](#) [BSGE 111, 37Ä](#) = SozR 42700 Ä§Ä 2
NrÄ 20, RdNrÄ 25Ä f).

13

2.Ä Die von der KIÄ¼rgerin im Unfallzeitpunkt verrichtete TÄ¼tigkeit, das Besorgen
von Ersatzbatterien fÄ¼r ihre HÄ¼rgerÄ¼te, stand Ä wie das LSG zu Recht erkannt
hatÄ nicht nach [Ä§Ä 8 AbsÄ 2 NrÄ 5 SGBÄ VII](#) unter Versicherungsschutz. Nach
dieser Vorschrift ist auch das mit einer versicherten TÄ¼tigkeit
zusammenhÄ¼ngende Instandhalten und Erneuern eines ArbeitsgerÄ¼ts versichert.
Bei dem HÄ¼rgerÄ¼t der KIÄ¼rgerin handelt es sich indes nicht um ein ArbeitsgerÄ¼t
iS des [Ä§Ä 8 AbsÄ 2 NrÄ 5 SGBÄ VII](#). Hierunter ist jeder Gegenstand zu verstehen,
der seiner Zweckbestimmung nach zur Erledigung einer versicherten TÄ¼tigkeit
geeignet ist und hauptsÄ¼chlich genutzt wird (BSG Urteile vom 9.11.2010 Ä [BÄ 2Ä U](#)
[14/10Ä RÄ](#) SozR 42700 Ä§Ä 8 NrÄ 39 RdNrÄ 32, vom 28.4.2004 Ä [BÄ 2Ä U 26/03Ä R](#)
Ä [SozR 42700 Ä§Ä 8 NrÄ 5](#) RdNrÄ 15, vom 27.7.1989 Ä [2Ä RU 6/89Ä](#) [BSGE 65, 210,](#)
211Ä = [SozR 2200 Ä§Ä 549 NrÄ 10](#) SÄ 29Ä f, vom 17.12.1975 Ä [2Ä RU 77/75Ä](#)
[BSGE 41, 102,](#) 105Ä fÄ = [SozR 2200 Ä§Ä 549 NrÄ 3](#) SÄ 11Ä f und vom 23.2.1966
Ä [2Ä RU 45/65Ä](#) [BSGE 24, 243,](#) 246Ä = SozR NrÄ 59 zu [Ä§Ä 543 RVO](#) aF). Dies trifft
nicht nur auf GegenstÄ¼nde zu, die ihrer Zweckbestimmung nach als typische
ArbeitsgerÄ¼te in Betracht kommen, sondern ebenso auf Sachen, die auch zu
anderen Zwecken als zur Arbeit benutzt werden und deshalb nicht schon ihrer Natur
nach als ArbeitsgerÄ¼t anzusehen sind. Entscheidend ist, dass der Gegenstand im
VerhÄ¼ltnis zur gesamten Verwendung hauptsÄ¼chlich zur Verrichtung der
versicherten TÄ¼tigkeit gebraucht wird (BSG Urteile vom 12.5.2009 Ä [BÄ 2Ä U](#)
[12/08Ä RÄ](#) [SozR 42700 Ä§Ä 8 NrÄ 33](#) RdNrÄ 28, vom 4.8.1992 Ä [2Ä RU 41/91Ä](#)
[SozR 32200 Ä§Ä 549 NrÄ 1](#) SÄ 2 und vom 27.7.1989 Ä [2Ä RU 6/89Ä](#) [BSGE 65, 210,](#)
211Ä = [SozR 2200 Ä§Ä 549 NrÄ 10](#) SÄ 30). Dabei verlangt eine hauptsÄ¼chliche
betriebliche Nutzung Ä anders als es in dem angefochtenen Urteil anklingtÄ keinen
nahezu ausschlie¼lichen, sondern nur einen erheblich Ä¼berwiegenden Gebrauch
fÄ¼r die versicherte TÄ¼tigkeit (Keller in Hauck/Noftz, SGBÄ VII,

6. Ergänzungslieferung 2024, [Â§ 8 SGB VII](#) RdNr 48 mwN). Ausgehend hiervon handelt es sich bei den HÄrgerÄten der KIÄgerin um keine ArbeitsgerÄte, die durch das Besorgen von Ersatzbatterien hÄtten in Stand gehalten werden kÄnnen (zum Begriff des Instandhaltens: Wagner in jurisPK-SGB VII, 3. Aufl 2022, [Â§ 8](#) RdNr 263, Stand 22.5.2024). Denn nach den bindenden Feststellungen des LSG ([Â§ 163 SGG](#)) hat die KIÄgerin die HÄrgerÄte im Unfallzeitpunkt nicht hauptsÄchlich fÄ¼r die versicherte TÄtigkeit als Fahrdienstleiterin gebraucht, sondern sie nicht unerheblich auch privat genutzt und damit fÄ¼r betriebsfremde Zwecke eingesetzt.

14

3. Die KIÄgerin befand sich Ä wie das LSG ebenfalls zutreffend entschieden hatÄ im Unfallzeitpunkt nicht auf einem nach [Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#) versicherten Arbeitsweg.

15

[Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#) bezieht bestimmte Wege Ä nÄmlich solche nach und von dem Ort der nach [Â§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) versicherten TÄtigkeitÄ in den Unfallversicherungsschutz ein. Dabei kennzeichnet die Formulierung â des mit der versicherten TÄtigkeit zusammenhÄngenden unmittelbaren Wegesâ in [Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#) den erforderlichen sachlichen Zusammenhang zwischen der â eigentlichâ versicherten HaupttÄtigkeit, die nach [Â§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) unter Versicherungsschutz steht, und denjenigen Wegen, die der HaupttÄtigkeit vorausgehen oder sich ihr anschlieÄen. Der Wegeunfallversicherungsschutz nach [Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#) setzt mithin voraus, dass die versicherte HaupttÄtigkeit und das ZurÄcklegen des Weges miteinander verknÄpf sind, was der Fall ist, soweit und solange der Weg mit der Aufnahme oder der Beendigung der HaupttÄtigkeit bei wertender Betrachtung verbunden ist (BSG Urteil vom 28.6.2022 Ä [BÄ 2Ä U 16/20Ä RÄ](#) [BSGE 134, 203Ä](#) = SozR 42700 [Â§ 8](#) Nr 82, RdNr 14). Der sachliche Zusammenhang mit der versicherten HaupttÄtigkeit liegt vor, wenn der Weg wesentlich zu dem Zweck zurÄckgelegt wird, den Ort der TÄtigkeit zu deren Aufnahme oder nach deren Beendigung im typischen Fall die eigene Wohnung zu erreichen, wobei die darauf gerichtete Handlungstendenz durch die objektiven UmstÄnde bestÄtigt werden muss (BSG Urteil vom 30.3.2023 Ä [BÄ 2Ä U 5/21Ä RÄ](#) SozR 41300 [Â§ 48](#) Nr 42 RdNr 22). Der sachliche Zusammenhang besteht nicht mehr, soweit und solange der Versicherte auf einem solchermaÄen versicherten Weg eine anderen Zwecken dienende, mehr als nur geringfÄgige Verrichtung einschiebt. Tut er dies, fÄ¼hrt das zu einer Unterbrechung des versicherten Arbeitsweges und des damit zusammenhÄngenden Unfallversicherungsschutzes (BSG Urteile vom 28.6.2022 Ä [BÄ 2Ä U 16/20Ä RÄ](#) [BSGE 134, 203Ä](#) = SozR 42700 [Â§ 8](#) Nr 82, RdNr 22, vom 23.1.2018 Ä [BÄ 2Ä U 3/16Ä RÄ](#) SozR 42700 [Â§ 8](#) Nr 64 RdNr 15 und vom 31.8.2017 Ä [BÄ 2Ä U 11/16Ä RÄ](#) SozR 42700 [Â§ 8](#) Nr 62, RdNr 15).

16

Nach diesen MaÄstÄben war die KIÄgerin im Unfallzeitpunkt nicht nach [Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#) versichert. Denn sie hatte vor dem Unfall den ursprÄnglich eingeschlagenen Weg zu ihrer ArbeitsstÄtte am Bahnhof des Nachbarortes

unterbrochen, um das Geschäft ihres Härtergesteakustikers aufzusuchen. Damit war nach den Feststellungen des LSG die objektivierte Handlungstendenz der Klägerin im Unfallzeitpunkt bei wertender Betrachtung nicht auf die Erreichung ihres Arbeitsplatzes gerichtet, womit ein Versicherungsschutz nach [Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#) ausscheidet.

17

Vor diesem Hintergrund bedarf es keiner weiteren Vertiefung, ob Â wie das LSG meintÂ die Klägerin auch in zeitlicher Hinsicht nicht unter dem Unfallversicherungsschutz des [Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#) gestanden hat, weil auf dem von ihr am Unfalltag gewählten Arbeitsweg ein Zeitfenster von zwischen 2,35 bis über 2,50 Stunden für andere Verrichtungen bestanden habe. Richtig ist, dass nach der Rechtsprechung des BSG Unterbrechungen von mehr als zwei Stunden zu einem Erlischen des Wegeunfallversicherungsschutzes führen (Urteile vom 28.6.2022 Â [B 2 U 16/20 R](#) BSGE 134, 203 = SozR 42700 Â§ 8 Nr 82, RdNr 18, vom 30.1.2020 Â [B 2 U 2/18 R](#) BSGE 130, 1 = SozR 42700 Â§ 8 Nr 70, RdNr 24, vom 5.7.2016 Â [B 2 U 16/14 R](#) SozR 42700 Â§ 8 Nr 58 RdNr 24, vom 10.10.2006 Â [B 2 U 20/05 R](#) SozR 42700 Â§ 8 Nr 19 RdNr 17, vom 5.5.1998 Â [B 2 U 40/97 R](#) BSGE 82, 138, 141 f = SozR 32200 Â§ 55 Nr 18 S 73 f, vom 19.5.1983 Â [2 RU 79/82](#) BSGE 55, 141, 143 = SozR 2200 Â§ 55 Nr 55 S 139 und vom 28.4.1976 Â [2 RU 147/75](#) SozR 2200 Â§ 55 Nr 12 S 24 f). Soweit in der Rechtsprechung des BSG angenommen wurde, dass mehrere Unterbrechungen zusammengerechnet die insgesamt zwei Stunden nicht überschreiten dürfen (Urteile vom 28.3.1985 Â [2 RU 30/84](#) SozR 2200 Â§ 55 Nr 70 S 180, vom 8.10.1981 Â [2 RU 32/81](#) Â juris RdNr 21 und vom 24.2.1977 Â [8 RU 42/76](#) SozR 2200 Â§ 55 Nr 27 S 64), war dies indes bisher nicht entscheidungserheblich.

18

4.Â Die Klägerin hat allerdings Â anders als das LSG annimmtÂ zum Unfallzeitpunkt einen versicherten Betriebsweg ([Â§ 8 Abs 1 Satz 1](#) iVm [Â§ 2 Abs 1 Nr 1 SGB VII](#)) zurückgelegt.

19

Betriebswege sind Wege, die in Ausübung der versicherten Tätigkeit zurückgelegt werden, die Teil der versicherten Tätigkeit sind und damit der Betriebsarbeit gleichstehen. Sie werden im unmittelbaren Betriebsinteresse wahrgenommen und unterscheiden sich von Arbeitswegen iS des [Â§ 8 Abs 2 Nr 1 SGB VII](#) dadurch, dass sie der versicherten Tätigkeit nicht lediglich vorausgehen oder sich ihr anschließen. Sie sind nicht auf das Betriebsgelände beschränkt, sondern können auch außerhalb der Betriebsstätte anfallen (stRspr; zB BSG Urteile vom 30.3.2023 Â [B 2 U 1/21 R](#) SozR 42700 Â§ 2 Nr 62 RdNr 37, vom 8.12.2022 Â [B 2 U 14/20 R](#) BSGE 135, 155 = SozR 42700 Â§ 2 Nr 60, RdNr 39 und vom 30.1.2020 Â [B 2 U 19/18 R](#) BSGE 130, 25 = SozR 41300 Â§ 105 Nr 8, RdNr 15).

20

Ob ein Weg im unmittelbaren Betriebsinteresse zurückgelegt wird und deswegen

im sachlichen Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit steht, ist – wie auch sonst – wertend zu ermitteln, wobei maßgebender Zurechnungsgesichtspunkt die objektiviert Handlungstendenz ist (BSG Urteile vom 30.3.2023 – [BÄ 2Ä U 1/21Ä RÄ](#) SozR 42700 – §Ä 2 NrÄ 62 RdNrÄ 37, vom 27.11.2018 – [BÄ 2Ä U 7/17Ä RÄ](#) SozR 42700 – §Ä 8 NrÄ 66 RdNrÄ 11 und vom 7.11.2000 – [BÄ 2Ä U 39/99Ä RÄ](#) – [SozR 3-2700 – §Ä 8 NrÄ 3](#) RdNrÄ 18). Der sachliche Zusammenhang zwischen der konkret unfallbringenden Verrichtung und der versicherten Tätigkeit im Rahmen einer Beschäftigung iS des [§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ VII](#) besteht jedenfalls dann, wenn die Verrichtung zumindest dazu ansetzt und darauf gerichtet ist, entweder eine eigene objektiv bestehende Haupt- oder Nebenpflicht aus dem zugrunde liegenden Rechtsverhältnis zu erfüllen, oder der Verletzte eine objektiv nicht geschuldete Handlung vornimmt, um einer vermeintlichen Pflicht aus dem Rechtsverhältnis nachzugehen, sofern er nach den besonderen Umständen seiner Beschäftigung zur Zeit der Verrichtung annehmen durfte, ihn treffe eine solche Pflicht, oder er unternehmensbezogene Rechte aus dem Rechtsverhältnis ausübt (BSG Urteile vom 30.3.2023 – [BÄ 2Ä U 1/21Ä RÄ](#) SozR 42700 – §Ä 2 NrÄ 62 RdNrÄ 21, vom 28.6.2022 – [BÄ 2Ä U 8/20Ä RÄ](#) SozR 42700 – §Ä 2 NrÄ 58 RdNrÄ 15, vom 6.5.2021 – [BÄ 2Ä U 15/19Ä RÄ](#) SozR 42700 – §Ä 8 NrÄ 77 RdNrÄ 14 und vom 15.5.2012 – [BÄ 2Ä U 8/11Ä RÄ](#) – [BSGE 111, 37Ä](#) = SozR 42700 – §Ä 2 NrÄ 20 RdNrÄ 27Ä ff).

21

Diese rechtlichen Maßstäbe zugrunde gelegt, ist im vorliegenden Fall der sachliche Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit zu bejahen, weil die Klägerin bei der Besorgung der Ersatzbatterien zur Erfüllung einer sich aus ihrem Beschäftigungsverhältnis ergebenden Nebenpflicht handelte. Nach den tatsächlichen Feststellungen des LSG ([§Ä 163 SGG](#)) war die als Fahrdienstleiterin beschäftigte Klägerin durch eine Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag nicht nur verpflichtet, im Dienst funktionstüchtige Hörgeräte zu tragen, und durfte bei Ausfall eines oder beider Hörgeräte die Arbeit nicht beginnen oder musste sie sofort abbrechen. Vielmehr war die Klägerin auch verpflichtet, verbrauchte Hörgerätebatterien unverzüglich auszutauschen und zu diesem Zweck immer die erforderlichen Ersatzbatterien mitzuführen. Hieraus ergab sich am Unfalltag eine arbeitsvertragliche Nebenpflicht zur Besorgung von Ersatzbatterien, nachdem die Klägerin während des Spätdienstes am Vortag ihren Vorrat aufgebraucht hatte. Auf die Erfüllung dieser Nebenpflicht war die Handlungstendenz der Klägerin im Unfallzeitpunkt gerichtet. In der Rechtsprechung ist geklärt, dass dann, wenn ein Beschäftigter zur Erfüllung einer sich aus dem Arbeitsvertrag ergebenden Haupt- oder Nebenpflicht handelt, der innere Zusammenhang mit seiner nach [§Ä 8 AbsÄ 1 SatzÄ 1](#) iVm [§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ VII](#) versicherten Tätigkeit unmittelbar zu bejahen ist (BSG Urteile vom 30.3.2023 – [BÄ 2Ä U 1/21Ä RÄ](#) SozR 42700 – §Ä 2 NrÄ 62 RdNrÄ 22 und vom 28.6.2022 – [BÄ 2Ä U 8/20Ä RÄ](#) – [SozR 42700 – §Ä 2 NrÄ 58 RdNrÄ 13](#); dahingehend bereits BSG Urteil vom 15.5.2012 – [BÄ 2Ä U 8/11Ä RÄ](#) – [BSGE 111, 37Ä](#) = SozR 42700 – §Ä 2 NrÄ 20, RdNrÄ 43 ff).

22

Dem steht nicht entgegen, dass es das jeweilige Unternehmen und seine Beschäftigten nicht in der Hand haben darüber zu bestimmen, welche

Verrichtungen in sachlichem Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit stehen. Dies ist objektiv auf der Grundlage des konkret zustande gekommenen Beschäftigungsverhältnisses, des tatsächlichen Geschehens und nach Maßgabe des Schutzzwecks der jeweils die Unfallversicherung begründenden Norm zu beurteilen (BSG Urteil vom 28.6.2022 – [BÄ 2Ä U 8/20Ä RÄ](#) SozR 42700 Ä§Ä 2 NrÄ 58 RdNrÄ 27). Dieser Gedanke betrifft in erster Linie die von der Rechtsprechung anerkannten Erweiterungen des Versicherungsschutzes (zB bei Betriebssport und betrieblichen Gemeinschaftsveranstaltungen), bei denen ohnehin weitere Anforderungen an den sachlichen Zusammenhang zu stellen sind (BSG aaO RdNrÄ 13). Auch wenn Unternehmer und Beschäftigte es nicht in der Hand haben, unmittelbar über den Umfang des Unfallversicherungsschutzes zu bestimmen, kann das Beschäftigungsverhältnis im Rahmen des rechtlich Zulässigen durch arbeitsvertragliche Vereinbarungen gestaltet werden, welche mittelbare Auswirkungen auf den Unfallversicherungsschutz haben können. Denn der Inhalt des Beschäftigungsverhältnisses bestimmt sich nach den entsprechenden Vereinbarungen der Arbeitsvertragsparteien, und nach dem Inhalt des jeweiligen Beschäftigungsverhältnisses richtet sich der Umfang des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes gemäß [Ä§Ä 8 AbsÄ 1 SatzÄ 1](#) iVm [Ä§Ä 2 AbsÄ 1 NrÄ 1 SGBÄ VII](#).

23

Entgegen dem LSG ist die ausdrücklich arbeitsvertraglich vereinbarte Nebenpflicht zur Besorgung von Ersatzbatterien nicht deshalb unbeachtlich, weil Verrichtungen zur Erhaltung oder Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit eines Beschäftigten grundsätzlich dessen persönlichem Lebensbereich und nicht der versicherten Tätigkeit wertend zuzuordnen sind (so für die Reparatur von Hilfsmitteln BSG Urteil vom 18.2.1987 – [2Ä RU 33/86Ä](#) – juris RdNrÄ 14, für gesundheitsfördernde Maßnahmen BSG Urteile vom 28.6.2022 – [BÄ 2Ä U 16/20Ä RÄ](#) [BSGE 134, 203](#) – SozR 42700 Ä§Ä 8 NrÄ 82, RdNrÄ 20 und vom 5.7.2016 – [BÄ 2Ä U 16/14Ä RÄ](#) – SozR 42700 Ä§Ä 8 NrÄ 58 RdNrÄ 14, für Essen und Trinken BSG Urteil vom 24.6.2003 – [BÄ 2Ä U 24/02Ä RÄ](#) – juris RdNrÄ 14). Das bedeutet indes nicht, dass es ausgeschlossen ist, diesbezüglich mit Wirkung für den Inhalt des Beschäftigungsverhältnisses und damit auch für den daran anknapfenden Unfallversicherungsschutz arbeitsvertragliche Verpflichtungen zu begründen (siehe nur BSG Urteil vom 28.6.2022 – [BÄ 2Ä U 16/20Ä RÄ](#) [BSGE 134, 203](#) – SozR 42700 Ä§Ä 8 NrÄ 82, RdNrÄ 20). Lediglich missbräuchliche Vertragsgestaltungen allein zur Erlangung von Unfallversicherungsschutz überschreiten den Rahmen des rechtlich Zulässigen. Innerhalb dieses Rahmens bewegen sich aber arbeitsvertragliche Verpflichtungen, die – wie hier – aufgrund der besonderen Anforderungen der eigentlichen Arbeitsleistung des Beschäftigten an dessen Leistungsvermögen – hier an das Hörvermögen von Fahrdienstleitern – nachvollziehbar sind (Mahlheims, DGUV-Forum 78/2022, SÄ 36).

24

Nichts anderes folgt daraus, dass Vorbereitungshandlungen in der Regel nicht versichert sind (BSG Urteile vom 30.1.2020 – [BÄ 2Ä U 19/18Ä RÄ](#) [BSGE 130, 25Ä](#) – SozR 41300 Ä§Ä 105 NrÄ 8, RdNrÄ 33, vom 23.1.2018 – [BÄ 2Ä U 3/16Ä RÄ](#) – SozR

42700 Â§Â 8 NrÂ 64 RdNrÂ 17, vom 13.11.2012 Â [BÂ 2Â U 27/11Â RÂ](#) SozR 42700 Â§Â 8 NrÂ 45 RdNrÂ 20 und vom 28.4.2004 Â [BÂ 2Â U 26/03Â RÂ](#) [SozR 42700 Â§Â 8 NrÂ 5](#) RdNrÂ 16). Vorbereitungshandlungen sind MaÃnahmen, die einer versicherten TÃ¤tigkeit vorangehen und ihre DurchfÃ¼hrung erleichtern oder Ã¼berhaupt erst ermÃ¶glichen. Der Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung fÃ¼r solche Handlungen ist grundsÃ¤tzlich auf diejenigen Verrichtungen beschrÃ¤nkt, die das Gesetz selbst ausdrÃ¼cklich nennt. Andere Vorbereitungshandlungen sind grundsÃ¤tzlich dem privaten Risikobereich des Versicherten zugeordnet und nur ausnahmsweise versichert, wenn ein besonders enger sachlicher, Ã¶rtlicher und zeitlicher Bezug zur versicherten TÃ¤tigkeit gegeben ist, der die Vorbereitungshandlung nach den GesamtumstÃ¤nden selbst bereits als Bestandteil der versicherten TÃ¤tigkeit erscheinen lÃ¤sst (BSG Urteil vom 30.1.2020 Â [BÂ 2Â U 19/18Â RÂ](#) [BSGE 130, 25](#) = SozR 41300 Â§Â 105 NrÂ 8, RdNrÂ 33 mwN). Dies bedeutet indes nicht, dass die Arbeitsvertragsparteien MaÃnahmen, die die versicherte HaupttÃ¤tigkeit ermÃ¶glichen sollen, nicht Ã¼ber arbeitsvertragliche Vereinbarungen zum Inhalt des BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnisses machen dÃ¼rfen. Ist dies Â wie hierÂ der Fall, liegt schon begrifflich keine Vorbereitungshandlung mehr vor.

25

Zu keinem anderen Ergebnis fÃ¼hrt schlieÃlich der Umstand, dass nach den Feststellungen des LSG der Kauf von Ersatzbatterien auch privat motiviert war. Denn eine konkrete Verrichtung mit einer gespaltenen, nÃ¤mlich sowohl versicherungsbezogenen als auch privaten Handlungstendenz steht dann im sachlichen Zusammenhang mit der versicherten TÃ¤tigkeit, wenn sie hypothetisch auch dann vorgenommen worden wÃ¤re, wenn die private Motivation des Handelns entfallen wÃ¤re (BSG Urteile vom 21.3.2024 Â [BÂ 2Â U 14/21Â RÂ](#) zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR vorgesehenÂ juris RdNr 18, vom 28.6.2022 Â [BÂ 2Â U 16/20Â RÂ](#) [BSGE 134, 203](#) = SozR 42700 Â§Â 8 NrÂ 82, RdNrÂ 16 und vom 26.6.2014 Â [BÂ 2Â U 4/13Â RÂ](#) SozR 42700 Â§Â 8 NrÂ 52 RdNrÂ 20Â ff). Dies ist hier zu bejahen, weil die Besorgung von Ersatzbatterien vor Dienstantritt am Unfalltag gerade zur ErfÃ¼llung der arbeitsvertraglichen Nebenpflicht erfolgte.

26

5. Die Kostenentscheidung folgt aus [Â§Â§ 183, 193 SGG](#).

Â

Erstellt am: 04.12.2024

Zuletzt verÃ¤ndert am: 21.12.2024